

PRESSEMITTEILUNG

TELEFAX – 2 SEITEN

SPD

STADTRATSFRAKTION

NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Beratungen zur Verkehrspolitik

Nürnberger SPD-Politiker erneuern Bedenken gegen Gigaliner und Nordumgehung

Bei einer gemeinsamen Sitzung der SPD-Stadtratsfraktion mit dem Nürnberger Bundestagsabgeordneten Martin Burkert war vor allem der neue Bundesverkehrswegeplan Thema, der in Kürze veröffentlicht werden soll. Einig waren sich die Kommunalpolitiker der SPD dabei mit Burkert, dass die Nordanbindung des Flughafens aus der Projektliste herausgenommen werden sollte. Aufgrund der PFT-Belastung im Boden ist eine technische Realisierung ohnehin in weite Ferne gerückt. Zudem haben die nach unten korrigierten Fluggastprognosen dazu geführt, dass sich der Stadtrat mit deutlicher Mehrheit gegen eine Realisierung ausgesprochen hat.

Auf Ablehnung stieß auch eine geplante Ortsumgehung mit Untertunnelung von Stein. Diese führe lediglich zu höherer Verkehrsbelastung für den Nürnberger Süden und sei vom städtischen Verkehrsausschuss bereits parteiübergreifend abgelehnt worden.

Burkert betonte, dass auch die Förderung der Stadt-Umland-Bahn bereits im Bundesprogramm des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes vorgesehen sei und sich der Bund mit über 150 Millionen Euro beteiligen werde. SPD-Vorsitzender Thorsten Brehm begrüßte die Finanzierungszusage und glaubt, dass mit der zusätzlichen Unterstützung durch den Freistaat die beteiligten Städte Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach die bestmögliche Förderung erhalten werden. „Nun liegt es an den Erlanger Bürgerinnen und Bürger beim Entscheid im März den Weg für einen Zweckverband frei zu machen. Dieser liefert dann detaillierte Planungen und Kostenschätzung“, erinnert der SPD-Verkehrspolitik.

Beim Schienenverkehr setze man große Hoffnungen darauf, dass endlich auch die Elektrifizierung der Bahnstrecken Richtung Tschechien komme, waren sich die Fraktionsvorsitzende Dr. Prölß-Kammerer und Burkert einig.

In diesem Jahr laufe außerdem der Probetrieb für die sogenannten „Gigaliner“ aus, so Burkert. „Der Güterverkehr gehört auf die Schiene“, erneuerte Prölß-Kammerer ihre

Ablehnung. „Wir wollen diese Megalaster nicht auf unseren Straßen. Die über 25 Meter langen und 44 Tonnen schweren Megatrucks sind auf unseren Straßen mit engen Kurven und Kreiseln nicht vorstellbar. Zudem werden unsere ohnehin oft schon maroden Straßen und Brücken durch die zusätzliche Belastung noch schneller altern und wir müssen noch mehr Geld in den Unterhalt stecken.“ Burkert ergänzt: „Außerdem steht zu befürchten, dass mit dem Regelbetrieb bald auch eine Ausweitung auf 60 Tonnen gefordert wird. Es ist aus unserer Sicht vor allem eine Sicherheitsfrage, wenn diese Monstertrucks in Städten auf Fußgänger und Radfahrer treffen oder die Autofahrer auf Landstraßen und Autobahnen mit viel längeren Überholvorgängen konfrontiert sind.“ Burkert versprach, sich auf Bundesebene weiter gegen die Zulassung im Regelbetrieb einzusetzen.

Nürnberg, 9. Februar 2016